

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 2/41. Jahrgang

Februar 2010

Schutzgebühr: 0.30 E

OFFENER BRIEF

an den Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch

Seit mehr als fünf Jahren protestieren wir jede Woche in Gießen mit einer Montagsdemo gegen die Hartz-IV-Gesetze. - Wir sind empört und wütend über Ihre jüngste Äußerung, mit der Sie eine Arbeitspflicht für Empfänger von Arbeitslosengeld 2 fordern.

Offenbar haben Sie keine Ahnung über dieses unsägliche System der verordneten Erniedrigung, Schikane, Bespitzelung, Bevormundung und der Armut, das die Betroffenen zwingt

* ihre gesamten Lebensverhältnisse offenzulegen,

* bei der Arge anzutreten, wann immer der „Fallmanager“ es anordnet,

* monatlich zig Bewerbungen zu schreiben – und dabei zu wissen, daß das alles vergeblich ist,

* an Trainingsmaßnahmen teilzunehmen, die mehr der Beschäftigungstherapie ähneln,

* jeden 1-Euro-Job anzunehmen.

Mit den 1-Euro-Jobs ist der von Ihnen geforderte Arbeitszwang bereits amtlich. Offenbar wissen Sie nicht, daß jeder „Verstoß“ gegen diese Auflagen mit Sanktio-

(Fortsetzung auf Seite2)



CDU-Möller: Weg mit dem Mahnmal

Die Linksfraktion hatte beantragt: „Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, ob das Denkmal für die Opfer der Nazi-Zeit wieder im Bereich des Rathauses aufgestellt werden kann...“ - Umgehend lehnte CDU-Möller dies in der Presse ab; er will, daß das „Denkmal zur Erinnerung an die NS-Zeit“ (so Möllers Bezeichnung für das „Mahnmal für alle Opfer und Verfolgten des Naziregimes in Gießen“) auf dem Kirchengelände verbleibt.

Im Mai 1987 war der Gedenkstein vor dem Stadthaus eingeweiht worden. - Vorausgegangen waren intensive Bemühungen der 1983 gegründeten Mahnmal-Initiative, in der „geschichtsbewußte Bürger aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens, nämlich Hochschule, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und antifaschistische Organisationen“ (so aus einem Flugblatt) mitwirkten. Nach dem im März 1984

im Stadtparlament einstimmig gefaßten Beschluß zur Errichtung eines Mahnmals vergingen weitere drei Jahre – und der Wechsel von CDU-OB Görnert zu SPD-OB Mutz - bis zu seiner Enthüllung. Während der Bauarbeiten zum neuen Rathaus war das Mahnmal auf dem Kirchenplatz versetzt worden. Dort, wo es kaum beachtet wird, nach dem Motto "aus den Augen, aus dem Sinn" möchte CDU-Möller es belassen, auf einem kirchlichen Gelände, wo die Stadt nicht einmal Hausrecht hat. Inzwischen hat man sich darauf geeinigt, zu "prüfen", wenn das neue Kino fertig ist. - Als ein städtisches Mahnmal für die Opfer des Faschismus, die ermordet und verfolgt wurden – Christen und Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten, Homosexuelle und Sinti und Roma – gehört es wieder sichtbar auf städtisches Gelände. Michael Beltz

Inhalt:

Zusatzbeiträge/Birthler-Behörde	S.2
1-E-Jobs/L-Gartenschau/Versorgungsfall	S.3
Tarifrunde ö.D./Kindergeld-Rückzahlung	S.4
Dicke Luft in Gießen/Pflegekinder	S.5
Erdbebenhilfe Haiti/Embargo gg.Iran	S.6
Wo Christentum endet/Leserbriefe	S.7
Termine/Friedensbewegung/Honduras	S.8

Das Stadtgespräch:



Der
Gießener
Frisör
hat's
schwör

Für Frieden und Sozialismus! **DKP**

Zusatzbeiträge - ein weiterer Schritt zur Liquidierung der Sozialversicherung

Für Millionen Versicherte wird die gesetzliche Krankenkasse teurer, um fast 100 Euro im Jahr. Die Unternehmer dagegen brauchen keinen Cent mehr zu zahlen. Den Freibrief dazu gab 2007 die alte CDU/CSU/SPD-Regierung. Sie erlaubte den Kassen, Zusatzbeiträge zu verlangen, wenn sie es für nötig erachten: entweder in Form einer Pauschale von max. 8 Euro im Monat oder max. 1% des Brutto-Einkommens, d.h. bis zu 37.50 Euro im Monat.

Daß die meisten Kassen nun gleich den Höchstsatz pauschal verlangen, kann nicht verwundern. Genau dies war gewollt, und wer sich jetzt aus den Reihen der früheren oder jetzigen Koalition empört, ist ein Heuchler.

Der jetzt beschleunigte Ausstieg aus der einst zu gleichen Teilen von Beschäftigten und Unternehmern getragenen Finanzierung der Krankenversicherung begann bereits in den 70er Jahren durch die Einführung von Rezeptgebühren, steigende Zuzahlungen und Eigenleistung, durch die Pflegeversicherung (für die ein arbeitsfreier Feiertag gestrichen wurde) bis hin zu Praxisgebühr und Zusatzbeiträgen. Das geschah früher noch zöger-

lich, weil Vergleiche mit dem vorbildlichen Sozialsystem der DDR gescheut werden mußten.

Jetzt wird die Zerschlagung derart rigoros vorangetrieben, wie es selbst die Nazis nicht gewagt hatten. Ziel ist es, die Unternehmer ganz von ihrem Anteil an den Kosten der Sozialversicherung (Renten-, Arbeitslosen-Krankenversicherung) zu befreien. Zurück ins 19. Jahrhundert heißt die Devise, wobei die Methoden immer schamloser und raffgieriger werden.

Mit P. Rösler hat das Kapital seinen Mann an der Spitze des Gesundheitswesens, der sie endgültig von jeglichem Sozialklimbim befreien will. - Und seine vorgebliche Absicht, die Arzneimittelkosten zu verringern, erweist sich als leeres Geschwafel, waren es doch Parteifreunde der Regierungskoalition, die gerade dafür gesorgt haben, daß ein tüchtiger -und daher mißliebiger - Pharmakontrolleur ausgeschaltet wurde.

Daß Millionen Menschen dann nur noch die allernotwendigste medizinische Hilfe bekommen werden, kann den Herrschenden nur recht sein: das senkt die Lebenserwartung und entlastet die Rentenkasse. Erika Beltz

"Fragen an die Birthler-Behörde"

Frage: Bis zum 26.1.10 sind in der BRD 15 Menschen erforen.

Gibt es eine DDR-Statistik über erforene Obdachlose in der DDR?

Antwort: Im Prinzip ja, weil in der DDR alles statistisch erfaßt wurde. Da aber Obdachlosigkeit verboten war, konnten auch keine Kälte-Toten gezählt werden.



Liebe Leserinnen und Leser, wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren für 2010 - und um Spenden.

Gießener Echo

Konto Nr. 193070, BLZ

51350025, Sparkasse Gießen

Jeder Euro ist willkommen

Ihnen und verbleiben mit erwartungsvollen Grüßen, Gießen, d. 25. Januar 2010, für die Montagsdemonstranten

Teimour Khosravi, Sprecher des Aktionsbündnisses Sozialproteste, **Erika Beltz**, Mitglied d. Kreisvorstands der DKP, **Alex Richter**, Mitglied d. Kreisvorstands d. Partei DIE LINKE, **Helmut Appel**, Betriebsrat, Mitglied d. Bezirksvorstands verdi Mittelhessen, **Peter Rodemann**, **Rainer Puchmüller**, Mitglied des Ortsvorstands der Partei DIE LINKE, **Michael Beltz**, **Achim Durlas**, **Barbara Wollny**, **Martin Wagner** (parteilos)



(Fortsetzung von Seite 1)

Offener Brief

nen geahndet wird – bis zur vollständigen Streichung der absolut zu wenigen 359 Euro im Monat; dies wird in Kürze auch das Bundesverfassungsgericht bestätigen.

Gewiß ist bei einem solchen Betrag – und bei vermehrten Minilöhnen – das „Lohnabstandsgebot“ nicht mehr gegeben; Millionen Menschen verdienen – trotz Erwerbsarbeit – so wenig, daß sie zusätzlich Hartz IV beantragen müssen. Notwendig ist daher ein Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde, notwendig ist die 30-

Stunden-Woche und ein Eckregelsatz von 500 Euro - und keine weitere Diffamierung der Hartz-IV-Empfänger, wie Sie sie betreiben, obwohl auch Sie wissen, daß Arbeitslosigkeit Teil des kapitalistischen Systems ist.

Wir laden Sie gerne nach Gießen ein. Kommen Sie zu unserer Montagsdemo von 18 bis 19 Uhr in den Seltersweg/ Ecke Plockstraße und reden Sie mit uns – mit Betroffenen und Mitstreitern – über die wirkliche Situation Empfänger von Arbeitslosengeld 2.

Wir freuen uns auf eine Antwort von

LGS in Bad Nauheim

Für mächtig Ärger sorgt ein Sperrzaun am Teich. Seit dem 4. Januar können die Einwohner Bad Nauheims nicht so einfach die Eisporthalle und das Lokal „Teichhaus“ erreichen – der stabile Sperrzaun verhindert dies. Umwege sind nötig für neun Monate oder man muss Eintritt zahlen.

Nicht begeistert sind auch jene Einwohner, die ihre Gärten im Sinne der Mammutschau schön akkurat im altdeutschen Schnittmusterstil gestalten sollen. Auch ein Zuschuss seitens der Stadt von 30% lässt nur wenig Freude aufkommen.

Ein Trostpflaster wurde jedoch aufgrund verschiedener Proteste gewährt:

Die Eishalle, die eigentlich Opfer der Gartenschau werden sollte, erhält das dringend notwendig gewordene neue Dach.

M.B.

Gießener Ornithologe:

LGS gefährdet biologische Vielfalt

Der Gießener Diplom-Biologe Dietmar Jürgens, der seit über 10 Jahren die Vogelwelt in der Wiesseckau wöchentlich beobachtet und erfaßt, hat sich wegen der Landesgartenschau (LGS) in einem Offenen Brief an die Stadtparlamentsfraktionen gewandt. Darin schreibt er:

„... Aus meiner Sicht ist es nicht nachvollziehbar, warum für die LGS ausgewählte die o.g. Flächen ausgewählt wurden, die mit ihrer artenreichen, wertvollen Fauna und Flora besonders schützenswert und einzigartig in der Stadt Gießen sind... Die Durchführung der LGS bedeutet, dass mindestens 18 Monate lang den Gießener Bürgern ihr wichtigstes Naherholungsgebiet, nicht bzw. nur gegen Zahlung eines Entgeltes zur Verfügung stehen wird, da mit der Einzäunung des Kernge-

bietes ca. 1 Jahr vor Beginn der LGS begonnen wird... Die ökologische und finanzielle Bilanz solcher Gartenschauen ist meistens (z.B. Bad Wildungen) de-saströs... 2010 ist das Jahr der biologischen Vielfalt, die durch die LGS in einem überplanten Bereich massiv und dauerhaft gefährdet ist... Die Verantwortung dafür fängt vor der eigenen Haustür an. Ich bitte Sie daher, aus den oben genannten Gründen, Ihre Zustimmung zur LGS gründlich zu überdenken und bei erheblichen Zweifeln an der Naturverträglichkeit der prämierten Vorschläge, diese zu verweigern. Das wäre im Sinne aller Gießener Einwohner“.

(auf Wunsch senden wir den 2seitigen Brief, dem eine 4seitige Auflistung der Vogelarten angefügt ist, zu)

1-Euro-Jobber renovieren Nordstadtzentrum

Am 20. Januar wurde im Nordstadtzentrum renoviert: die Wände wurden gestrichen, der Fußboden war abgedeckt. Ausgeführt wurden diese Arbeiten von 1-Euro-Jobbern über das IJB (gemeinnützige Gesellschaft für Integration, Jugend- und Berufsbildung mit beschränkter Haftung).

Wie dies zustande kam, wo doch 1-Euro-Jobber nur „zusätzliche“ oder „gemeinnützige“ Tätigkeiten ausführen sollen, das will Michael Beltz, Stadtverordneter der Linksfraktion auf der nächsten Sitzung (am 10.2.) beantwortet haben. Besonders fragwürdig ist dies zudem, da doch der frühere OB Haumann noch im Dezember ankündigte, daß das städtische Gebäude in den nächsten Jahren für rund 750.000 Euro saniert werden solle...



Versorgungsfälle im Kreis Gießen

In der Frage der Besetzung der frei werdenden Stelle des Leiters des Amtes für Jugend und Soziales gibt es Merkwürdigkeiten. Da bewerben sich gleich 6 Mitarbeiter der Kreisverwaltung auf diesen Posten und nicht einer wird zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Sind denn alle sechs Bewerber völlig ungeeignet, daß nicht mal einer/eine eingeladen wird? Hat der Kreis denn so viele unrealistisch denkende Mitarbeiter? Nun sucht der gerade klar abgewählte CDU Bürgermeister von Fernwald einen neuen Job. Da drängt sich doch der Verdacht auf, daß hier unliebsame, weil im Postengeschacher störende Bewerbungen einfach unberücksichtigt blieben, weil die politi-

sche Mehrheit im Kreis schon vor der Ausschreibung wußte, wer die Stelle bekommen soll. Wenn klar abgewählte Amtsinhaber zu Versorgungsfällen werden, so wird hier die angebliche direkte Demokratie der Bürgermeisterdirektwahl lächerlich gemacht. Und nebenbei werden die Beschäftigten beim Landkreis alles andere als motiviert, das nennt man vor den Kopf stoßen und das sollten sich alle Beschäftigten des Kreises und ihre Vertretungsorgane auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Seite nicht gefallen lassen. Landrat Marx (SPD) hat jedenfalls gegen die in seiner Abwesenheit getroffene Personalentscheidung Widerspruch eingelegt.

K.S.

Tarifrunde Öffentlicher Dienst – das wird hart

Während die großen Gewerkschaften IG Metall und IG Bergbau, Chemie, Energie gegen die Interessen ihrer Mitglieder und gegen jede Vernunft von Regierung und Konzernen auf „Lohnzurückhaltung in der Krise“ eingeschworen werden konnten, macht ver.di dieses üble Spiel vorerst nicht mit. Bei den Tarifverhandlungen für den Bund und die Kommunen (die gemeinsame Tarifrunde für Bund, Länder und Kommunen gibt es leider nicht mehr) liegt eine Forderung auf dem Tisch, gegen die die Dienstherren, die Konzerne und auch die beiden oben genannten Gewerkschaften heftig wettern. Die Tarife sollen deutlich erhöht werden, darüber hinaus soll auch weiterhin Altersteilzeit möglich sein und nicht zuletzt sollen die mit Einführung des neuen Tarifvertrages

Öffentlicher Dienst (TVÖD) vor 5 Jahren entfallenen Zeit- und Bewährungsaufstiege wieder eingeführt werden. Insgesamt ergäbe das ein Volumen von 5% mehr. Diese Forderungen sind nicht aus der Luft gegriffen, sondern wurden von den Kolleginnen und Kollegen gründlich diskutiert und beschlossen. Angesichts der jahrelangen Zurückhaltung und vor allem der mit Einführung des TVÖD erfolgten Schlechterstellung neu eingestellter Mitarbeiter ist die Forderung noch bescheiden. Das System der Zeit- und Bewährungsaufstiege im Bundesangestellten-Tarif (BAT) bzw. der Kommunalen Tarife war über Jahrzehnte nach und nach erkämpft und stetig verbessert worden, wobei natürlich jede Verbesserung mit Verzicht auf Lohnprozente be-



Probexemplar bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):

**UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZAbo@t-online.de
www.unsere-zeit.de**



zahlt worden war. Mit der Unterschrift unter den TVÖD wurde dieses bewährte System mit einem Schlag ohne jede Gegenleistung aufgegeben. Für die Öffentliche Hand war das ein Milliarden Geschenk. Wer seitdem im Öffentlichen Dienst anfängt, wird im Laufe seines Berufslebens bis zu 30% weniger Gehalt bekommen als seine Vorgänger. Mit dem Verweis auf „leere Kassen“ dürfen die Verhandlungsführer von Bund und Kommunen nicht durchkommen. Nach den milliardenschweren Rettungspaketen für Banken sind jetzt mal die Beschäftigten dran, auch ihre Kaufkraft hat eine Rettungsaktion nötig. Wenn nicht bald ein verhandlungsfähiges Angebot gemacht wird, können nur Warnstreiks die Antwort sein.

Gernot Linhart

Pressemitteilung des Erwerbslosen Forums Deutschland

Widerspruch gegen Kindergeld-Rückzahlung einlegen!

„Einfach im Februar Geld abziehen ist nicht“
Auch das BMAS muss sich an den Rechtsweg halten

Wegen eines Behördenfehlers, der vermeidbar gewesen wäre, müssen viele Hartz-IV- Bezieher 20 Euro Kindergeld je Kind zurückzahlen - und Arbeitsministerin Ursula von der Leyen will auch nicht darauf verzichten. Das sei auch Geld des Steuerzahlers, das zu viel ausgezahlt worden ist, und das müsse wieder zurückgeholt werden, sagte sie in Berlin.

Das Erwerbslosen Forum Deutschland rät, Widerspruch einzulegen und erst mal nicht zu zahlen. „Einfach Geld einbehalten ist nicht. So etwas ist nur dann zulässig, wenn den Leistungsbezieher eine Schuld trifft. So muss sich die Behörde gedulden, bis die Eltern beispielsweise durch Beendigung des Leistungsbezugs in der Lage sind, das Geld zurückzuzahlen. Deshalb raten wir bei derartigen Rückforderungsbescheiden dringend dazu, unseren Musterwiderspruch zu verwenden, der dann aufschiebende Wirkung entfaltet. Bis jetzt haben schon einige Behörden ihr rechtswidriges Verhalten erkannt.

Musterwiderspruch: http://www.erwerbslosenforum.de/nachrichten/25_252010250125_371_1.htm. Kontakt: Martin Behrsing (0160/99278357)



Dicke Luft in Gießen – mehr Radverkehr statt PKWs!

Seit Anfang diesen Jahres gilt EU-weit ein Grenzwert für die Belastung der Luft mit Stickstoffdioxid (NO₂). Dieses Gas reizt die Schleimhäute und kann Atemwegkrankungen fördern. Deswegen soll die Konzentration dieses Stoffes in der Luft im Jahresmittel 40 Milligramm pro Kubikmeter nicht überschreiten.

In keiner größeren deutschen Stadt kann dieser Grenzwert eingehalten werden, auch nicht in Gießen. Die Luftmeßstation in der Westanlage mißt praktisch ständig Überschreitungen dieses Wertes. 60% der Belastung werden durch den Straßenverkehr verursacht.

Die Autoindustrie wurde bisher nicht gezwungen, durch konstruktive Maßnahmen an den Motoren die Einhaltung des Grenzwertes zu ermöglichen. Erst in einigen Jahren werden entsprechende Motoren zur Verfügung stehen, und dann wird es noch viele Jahre dauern, bis die Mehrzahl der Kraftfahrzeuge erneuert ist. Der einfachste Weg zur NO₂-Reduzierung wäre die Verringerung des motorisierten Straßenverkehrs. Ohne Einschränkung der Mobilität heißt das: Massive Förderung des Öffentlichen Nahverkehrs und des Radverkehrs.

Es gibt in Gießen zwar einen Fahrradbeauftragten und einen aktiven ADFC (Allgemeiner Fahrrad-Club Deutschlands), der sich um Verbesserungen für Radfah-

rer kümmert. Es fehlt aber eine glaubwürdige Werbung für mehr Radverkehr und vor allem eine wirklich gute Radverkehrspolitik. Wer neu nach Gießen kommt und sich hier mit dem Rad durch die Stadt bewegt, bekommt erst einmal einen gewaltigen Schreck. Wer es noch nicht hatte,



legt sich einen Helm und eine Warnweste zu, um sich wenigstens etwas sicherer zu fühlen.

Ein paar Beispiele für gefährliche Stellen: Wer aus dem Osten oder Norden der Stadt zum Klinikum will, muß die Ludwigstraße hoch fahren. Wegen der Steigung

ist die Strecke eh schwierig, aber dann ist man dort auch noch ständig zwischen parkenden und fahrenden Autos eng eingezwängt. Wer auf das verkehrsreiche Selterstor (Elefantenklo) zufährt, muß sowohl im Anlagenring als auch auf der Frankfurter Straße auf einer vierspurigen Straße ohne Radweg auskommen, eine Querungshilfe für diese schwierige Kreuzung sucht man vergebens. Wer von der Grünberger- in die Licher Straße will, muß selber sehen, wie man auf der Gabelung mit dem oft ununterbrochenen Strom der Autos zurechtkommt.

Aber nicht nur im fließenden Verkehr haben es Radler schwer. Wer sein Rad sicher abstellen will, findet meistens keine Abstellanlage, an der das Rad abgeschlossen werden kann.

Wenn Gießen eine wirklich fahrradfreundliche Stadt würde, in der Radler das Gefühl haben, als Verkehrsteilnehmer erwünscht zu sein, könnten vielleicht 20% der Autofahrer, die meistens eh nur sehr kurze Strecken fahren, zum Umsteigen aufs Rad gewonnen werden. Wenn weitere 20% einen besseren öffentlichen Nahverkehr mit günstigen Tarifen und optimalen Takt- und Umsteigezeiten nutzen würden, wäre der NO₂-Grenzwert kein Problem mehr.

Gernot Linhart

Auch Pflegekinder gehen (halb) leer aus

Alle ALG II Empfänger gucken bei der Kindergelderhöhung in die Röhre. Das "Echo" berichtete bereits, daß auch diese Erhöhung - wie das Kindergeld insgesamt - als Einkommen komplett angerechnet wird.

Aber auch Pflegeeltern bekommen nicht die komplette Kindergelderhöhung für ihr Pflegekind.

Hier wird nämlich das Kindergeld anteilig angerechnet, so daß nur 10 Euro tatsächlich mehr in der Tasche der Pflegeeltern bleiben, die anderen 10 Euro entlasten die Kassen der Kommunen und Landkreise.

Die DKP fordert, die völlig unzureichende Kindergelderhöhung soll allen Anspruchsberechtigten zu gute kommen und zwar in kompletter Höhe.

K.S.



Erdbebenhilfe für Haiti: Kuba schickt Ärzte, die USA Besatzungstruppen

Am 12. Januar erschütterte Haiti ein Erdbeben mit einer Stärke von 7,3. 150.000 Tote, etwa 1,5 Mio. obdachlos, ca. 250.000 schwer verletzt, die Hauptstadt Port-au-Prince größtenteils zerstört. Gerade Armenviertel sind besonders stark betroffen. Infrastruktur und jegliche Entscheidungsstrukturen wurden lahm gelegt, so dauerte es, bis Hilfe ankam. Haiti ist das ärmste Land des Kontinents – über 50% der Menschen sind Analphabeten, 80% leben unterhalb der Armutsgrenze.

Kuba und Venezuela reagierten direkt. Beide unterstützen Haiti seit längerem.

Kuba hat ca. 400 ÄrztInnen in Haiti und bildet HaitianerInnen aus. Diese bauten gemeinsam nach dem Beben die medizinische Versorgung so gut es ging wieder auf und waren die ersten, die Opfer versorgten. In Folge schickte Kuba weiteres medizinisches Personal, so dass ca. 500 kubani-

sche ÄrztInnen vor Ort sind. Norwegen schloss ein Abkommen mit Havanna: 610.000 E für Medikamente und Ausrüstung für die kubanischen ÄrztInnen. Venezuela half bereits beim Hausbau, der Landwirtschaft und beim Bau des Flughafens. Nach der Katastrophe wurde die Brigade Simón Bolívar, eine Katastrophenhilfstruppe, nach Haiti beordert, sowie mit Lieferungen von Trinkwasser, Lebensmitteln, Kleidung und Medizin begonnen. Außerdem stellt Venezuela Öl zur Verfügung.

Die ALBA*) arbeitet an einer mittel- und langfristigen Strategie für den Wiederaufbau. Dazu gehört der Bau von Krankenhäusern und Anlagen zur Trinkwassergewinnung.

Die USA warteten auf ein Hilfegesuch, dann schickten sie Militär, mittlerweile über 14.000 US-Soldaten, außerdem mehrere Kriegsschiffe, darunter ein Krankenhausschiff. Zu-

*) Bolivarianische Allianz für Amerika

erst wurde der Flughafen unter Kontrolle des US-Militärs gestellt, zur Koordination von Hilfslieferungen. Mittlerweile gibt es zahlreiche Klagen, dass Flugzeuge abgewiesen werden und im Nachbarland landen müssen, was die Lieferung von Hilfsgütern um ca. 24 h verzögert. Später besetzten Marines den Präsidentenpalast. Die Hauptaufgabe der Schiffe ist es, Flüchtlinge zu stoppen. Auf dem Krankenhausschiff wartet man vergeblich, dass Verletzte gebracht werden.

Es stellt sich die Frage nach dem Zweck der Militarisierung. Die US-Außenministerin sagte: „Wir werden heute, morgen und auch in Zukunft hier sein.“ Es besteht die Befürchtung, dass die USA sich dauerhaft einrichten. Beim Putsch in Honduras war der Einfluss der Rechten auf die US-Außenpolitik zu sehen, daher kann es nur mit Sorge erfüllen, wenn man aus diesen Reihen hört: „Die Regierung... ist schwach und... am Boden zerstört. Kuba und Venezuela, die... schon versucht haben, den Einfluss der USA zurückzudrängen, könnten die Möglichkeit nutzen, um sich zu profilieren.“ Haiti arbeitet mit Kuba und Venezuela zusammen und hat Beobachterstatus bei ALBA. Hinter der Intervention der USA könnte ein weiterer Angriff auf das linke Staatenbündnis stecken. Bereits von 1915 bis 34 hatten die USA Haiti als vorgehobenen Außenposten besetzt. Dieser Artikel von Kai Dietzel ist gekürzt; den vollständigen Text findet man unter www.lateinamerika21.de.vu



Wirtschaftssanktionen gegen Iran - und dann?

Ende Januar beschlossen US-Senat und –Repräsentantenhaus, die Wirtschaftssanktionen gegen den Iran zu verstärken. Auch Kanzlerin Merkel erklärte, Deutschland sei bereit, mit anderen „willigen Ländern“ auch ohne UN-Mandat Handelsbeschränkungen zu verhängen (dpa/apn, 26.1.10).

Grund ist das (völlig legitime) Festhalten des Irans an einem eigenen zivilen Atomprogramm, wie es andere Länder auch besitzen. Aber der Iran ist – wie auch der Irak – eines der ölreichsten Länder der Erde und steht daher im Visier der rohstoffarmen Groß-

mächte. (Daß weder Ahmadinedschad noch Saddam Hussein unsere Sympathie besitzt, muß hier nicht betont werden.) Waren es im Irak die herbeigelogenen Massenvernichtungswaffen, so ist es im Iran die herbeihalluzinierte Atombombenproduktion. Am Anfang stehen Wirtschaftssanktionen, die sich im Irak über ein Jahrzehnt erstreckten – mit schlimmsten Folgen für die Bevölkerung.

Die damalige US-Außenministerin Albright wurde Mitte der 90er Jahre in einer Fernsehshow gefragt: „Wir ha-

ben gehört, daß wegen der Sanktionen gegen den Irak eine halbe Million Kinder gestorben sind. Ich meine, das sind mehr Kinder als in Hiroshima umkamen. Und - sagen Sie, ist es den Preis wert?“ Albright: „Ich glaube, das ist eine sehr schwere Entscheidung, aber der Preis - wir glauben, es ist den Preis wert.“ - So viel zu den Auswirkungen von Wirtschaftssanktionen, wie sie Obama, Merkel u.a. planen. Und das ist nur der Anfang; Israel droht immer offener, den Iran zu überfallen und verlangt dabei Unterstützung, zumindest Duldung. M.Beltz

Wo ihr Christentum endet

Nein, da verstehen sie keinen Spaß, unsere christlichen Politiker, wenn man ihnen beim Kriegsspiel in die Suppe spuckt. Da hat doch die EKD-Ratsvorsitzende Bischöfin Käßmann es gewagt, in ihrer Weihnachtspredigt, zum Fest der Liebe, „mehr Phantasie für den Frieden“ anzumahnen. Der Afghanistan-Krieg sei „so nicht zu rechtfertigen und möglichst bald sollten alle deutschen Soldaten aus Afghanistan abgezogen werden.“ Damit hat sich die Bischöfin zur Sprecherin von über 70 Prozent der deutschen Bevölkerung gemacht. Aber die „Volksvertreter“ wollen es anders und weiten die Kampfhandlungen aus und verschärfen sie zunehmend zur Offensive. „300 deutsche Soldaten jagen die Taliban“, jubelte „Bild“ im Juli 2009. „Es war angezeigt, jetzt zu eskalieren“, sagte damals schon General Schneiderhahn. Jürgen Todenhöfer, Afghanistan-Kenner in der CDU, weiß, worum es geht: „Wir kämpfen in Afghanistan gegen einen nationalen, antiwestlichen Aufstand. Afghanistan ist geostrategisch interessant, weil man von dort Russland, Indien, Pakistan und auch China kontrollieren kann. Auch rohstoffpolitisch ist das Land ein fabelhafter Standort. Schließlich wollen die Amerikaner eine Erdgaspipeline durch Afghanistan bauen.“ Beim Bombardierungsbefehl auf zwei festgefahrene Tanklastwagen und die Menschen drum herum wusste sich Oberst Klein laut „Spiegel“ in Übereinstimmung mit den Wünschen der Politik. Diese hatte die Verschärfung des Kampfes bereits im Herbst 2008 beschlossen und das ist

natürlich auch Herrn von Guttenberg seit langem bekannt. Dem kommt die evangelische Predigt sehr ungelegen, wo er gerade jetzt die Truppen aufstocken und den Krieg eskalieren will. Am Beginn der deutschen Wiederbewaffnung nach dem Krieg stand Kanzler Adenauers fünffache Lüge im Deutschen Bundestag auf fünf Fragen des KPD-Abgeordneten Max Reimann. Nein, er, Adenauer, habe den USA niemals deutsche Soldaten angeboten. Auch damals lehnte die deutsche Bevölkerung die Remilitarisierung Deutschlands in ihrer großen Mehrheit ab. Um diesem Volkswillen zum Durchbruch zu verhelfen, forderte der stellvertretende EKD-Ratsvorsitzende, der in aller Welt hoch angesehene Pastor Martin Niemöller, Neuwahlen zum Bundestag. Der allerchristlichste Kanzler antwortete auf seine von keinerlei Skrupeln beschwerte Art: „Was Niemöller jetzt treibt, ist glatter Landesverrat!“ Der Pastor versündigte sich gegen seine Mitmenschen. Und der ach so joviale Bundespräsident Heuss sagte später in seiner verquasteten Sprache zu Niemöllers Kampf gegen den Militarismus vor Bundeswehroffizieren: „Ihre Seele soll und muss frei sein, um mit gelassener Souveränität demagogischen, christlich eingekleideten Anwürfen zu begegnen... Ich will nicht breiter darüber sprechen, denn Geschmack und Gewissen würden

Theodor Fontane

Das Trauerspiel von Afghanistan

Aus einem Gedicht, erstmals erschienen 1860, des berühmter Verfassers von „Effi Briest“
*Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,
Ein Reiter vor Dschellalabad hält,
„Wer da!“ - „Ein britischer Reitersmann,
Bringt Botschaft aus Afghanistan.“ ...*

*„Wir waren dreizehntausend Mann,
Von Kabul unser Zug begann.
Soldaten, Führer, Weib und Kind,
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.*

*Zersprengt ist unser ganzes Heer,
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt.“ ...
Die hören sollen, sie hören nicht mehr,*

*Vernichtet ist das ganze Heer,
Mit dreizehntausend der Zug begann,
Einer kam heim aus Afghanistan.*

Es ist anzunehmen, dass dieses Gedicht, soweit es überhaupt in deutschen Schulbüchern enthalten ist, daraus gestrichen wird, um den Kampfgeist zukünftiger christlichen Soldaten nicht unverantwortlich zu beeinträchtigen. Fiete Krümel

mich zwingen, ... sehr, sehr scharfe Worte zu gebrauchen.“ Aus derselben Einstellung heraus sagt heute der Wehrbeauftragte des Bundestages, Reinhold Robbe (SPD), Frau Käßmanns Äußerungen seien unverantwortlich und fügt scheinbar voll christlicher Güte hinzu: „Aber niemand hindert Frau Käßmann daran, sich am Hindukusch mit den Taliban in ein Zelt zu setzen und über ihre Phantasien zu diskutieren, gemeinsame Rituale mit Gebeten und Kerzen zu entwickeln.“ Wenn es den Herrschenden um ihre Kriege geht, findet seit jeher ihre christliche Geduld ein jähes Ende und da kennen sie kein Gebot, weder göttlich noch menschlich, da gilt nicht Christentum und nicht Demokratie. Klaus Mewes

**Redaktionsschluß für das
März-Echo: 25.02.10**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de>

Leserbriefe

Bundesliga - Schaden für die Amateure

Erstmals wird in dieser Saison sonntags um 15.30 Uhr ein Bundesligaspiel ausgetragen, zu der Zeit, wo tausende Amateurvereine ihre Spiele absolvieren. Aus Sicht des Liga-Präsidenten Dr. Rauball war diese Konkurrenz für die Amateurvereine nicht vermeidbar. Nur so hätten die Fernseheinnahmen gehalten werden können. Sinkende Einnahmen aus TV-Rechten bedeuten angeblich, dass man sich einen Ribery für jährliche 10 Mio. Euro Gehalt nicht mehr leisten könne. Aber TV-Einnahmen im dreistelligen Millionenbereich machen nicht nur Rauball glücklich. - Für die Amateurvereine ist diese Entscheidung

eine Katastrophe. Immer weniger Zuschauer bei ihren Spielen, steigende Kosten und sinkende Einnahmen – dazu das Desinteresse der Kommunen, die vorzugsweise Großstadien finanzieren und auch mal Ausfallsbürgschaften übernehmen (s. Gießener Basketball). Schmerzlich für die Amateure, dass die DFL als Konkurrent der Amateurvereine auftritt. K.-M.B.

Cuba hilft Haiti. Die Medien in Europa und in den USA verschweigen die schon seit über ein Jahrzehnt andauernde effektive Hilfe Cubas in Haiti. Kaum jemand redet von den vielen jungen Haitianern und Haitianerinnen, die in Cuba gratis zu Ärzten ausgebildet werden. Das Königreich Norwegen honoriert dies Hilfe Cubas finanziell. Falk Moldenhauer

Veranstaltung im Rahmen der Woche der internationalen Solidarität mit dem Baskenland

am Donnerstag, 11.02., um 19.30 Uhr, im Café Amelie

Referentin: **Ursula Grandel**,

vom Info Newsletter Baskenland aus Regensburg

Eine Veranstaltung der Roten Hilfe

34. Gießener Friedensgespräch

Militärische Interventionen zugunsten der Menschenrechte?

Der Afghanistan-Krieg und die deutsche Politik

Diskussion und Vortrag mit **Thomas Gebauer**,

Geschäftsführer von medico international

Mittwoch, 24. Februar, 19.30 Uhr, Versailles -Zimmer, Kongresshalle

ALBA und die bolivarianische Revolution in Venezuela

Veranstaltung im Rahmen der Reihe "Lateinamerika im 21. Jahrhundert".

Es referieren: **Vertreter der venezolanischen Botschaft**

und **PD Dr. Johannes Becker** (Marburg)

am Donnerstag, 25.02., um 20 Uhr im Café Amelie

Vormerken:

am 30. April kommt

Dietrich Kittner

nach Gießen zur gewerkschaftlichen Vor-Mai-Feier

DKP Gießen an A.Merkel: Honduras Regierung nicht anerkennen!

Das fordert die DKP Gießen in einem Schreiben an die Bundeskanzlerin Merkel, das auf der letzten Mitgliederversammlung verabschiedet wurde. „Wir fordern Sie auf, die in Honduras vor dem Putsch vom 28. Juni 2009 demokratisch gewählten Repräsentanten anzuerkennen und den jetzigen Regierenden, die über die von Interessengruppen - welche auch für den Staatsstreich verantwortlich sind - manipulierten Wahlen an die Macht gelangt sind, eine Anerkennung der Rechtmäßigkeit zu verweigern.“ heißt es in dem Brief. Und weiter: „Wir glauben, dass alle Regierungen und Personen, die sich nicht zu einer Nicht-Anerkennung dieser Wahlen in Honduras öffentlich bekennen, diese direkt oder indirekt befürworten. Sie könnten sogar zu Komplizen derart undemokratischen Handelns werden, so dass dieses nicht nur in Honduras, sondern weltweit in vielen Ländern Nachahmung finden könnte...“

Frieden schaffen ohne Waffen

Die Afghanistankonferenz vom 28.1. in London mit Vertretern aus 60 Staaten erbrachte nichts Neues: noch mehr Geld, noch mehr Soldaten, noch mehr Waffen nach Afghanistan – um irgendwann zwischen 2 und 15 Jahren das Land verlassen zu wollen. „Gute Taliban“ sollen zum Ausstieg bestochen werden, dazu soll ein Fonds von 500 Millionen Dollar gebildet (Otfried Fischer dazu: "Was ist, wenn der Taliban im Gegenteil zur FDP nicht käuflich ist?"); und die „Aufstandsbekämpfung zunehmend unter afghanische Führung“ gestellt werden.

Auch die BRD setzt – gegen den Willen von mehr als 2/3 der Bevölkerung – die Kriegspolitik fort, erhöht die Zahl der Soldaten um fast 20%. Wie wenig diese Bundesregierung (wie auch die vorherige) den Willen der Menschen respektiert, die sie gewählt haben, geschweige denn, deren Interessen vertritt, wird am Krieg offenkundig. Die Bundeswehr muß "Sofort raus aus Afghanistan", und zwar nicht, "weil der Krieg nicht zu gewinnen ist", sondern weil sie dort nichts zu suchen hat!

Aktionen der Friedensbewegung **5./6. Februar: gegen die Nato-Sicherheitskonferenz in München**

Die zentrale Forderung heißt: Schluss mit dem Krieg - NATO-und Bundeswehr-



Die nächste öffentliche Mitglieder-versammlung der DKP ist am Mittwoch, 17. Februar, um 19.30 Uhr im Versailles-Zimmer der Kongreßhalle



truppen raus aus Afghanistan!
gegen@sicherheitskonferenz.de
20. Februar: Aktionstag der Friedensbewegung

Wir rufen auf: Protestiert am 20. Februar gemeinsam gegen den Krieg. Macht den Abgeordneten klar: Gegen unseren Willen schickt die Bundesregierung weitere Truppen an den Hindukusch. Gegen unseren Willen werden weitere Milliarden für den Krieg ausgegeben. Gegen unseren Willen werden neue Waffen eingesetzt. Afghanistan braucht zivilen Aufbau, der verstärkt werden muss.

Fuldaer Erklärung

Weiterhin werden Unterschriften unter die Fuldaer Erklärung gesammelt, die den Tod eines Soldaten aus der Region Fulda zum Anlaß einer Unterschriftensammlung, die bereits von mehr als 1000 Menschen unterzeichnet wurde.

Die Forderungen: "Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan statt weiterer Aufstockung der Kontingente! Sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen! Keine logistische Unterstützung des Krieges! Bereitstellung von Mitteln für den zivilen Wiederaufbau! Zivile Berufs-bildungsprogramme für Jugendliche und Bundeswehrangehörige."

www.frieden-mitmachen.de/29/truppenabzug_jetzt!_frieden_statt_krieg!